

[Kraichgau](#) / [Bruchsal](#) / [Philippsburg](#)

BNN + [Aus Reichsbürgerszene](#)

Mutter aus dem Landkreis Karlsruhe vor Gericht: Sie schickte Kinder zweieinhalb Jahre nicht zur Schule

In der Corona-Zeit schickte eine Mutter ihre Kinder nicht mehr in eine Heidelberger Privatschule: Weil der Nachwuchs unter Masken, Tests und Lüften leiden würde. Jetzt stand die Frau vor dem Amtsgericht Philippsburg



Das Amtsgericht Philippsburg: Dort musste sich eine Frau aus der Reichsbürger-Szene verantworten, weil sie ihre Kinder in der Corona-Zeit nicht zur Schule schickte. Foto: Martin Heintzen

von **Thomas Liebscher**

vor 6 Minuten

📖 3 Minuten



Eine 47-jährige Frau aus dem Landkreis Karlsruhe hat ihre drei Kinder seit September 2021 nicht mehr zur Schule geschickt. Sie begründete das in der Corona-Zeit mit der Abneigung der Kinder gegen die Maskenpflicht, gegen den Testzwang und wegen Schmerzen bei Abstrichen in der Nase, ausgekühlten Klassenzimmern und in der Folge eine Art Mobbing von Lehrkräften an einem Heidelberger Privatschulzentrum.

Wegen Verletzung der Schulpflicht musste die Mutter aus der Reichsbürgerszene bereits erhebliche Zwangsgelder bezahlen. Nun musste sie sich noch einem Strafprozess am Amtsgericht Philippsburg stellen: Wegen Verletzung der Fürsorge und Erziehungspflicht, aber nur für die Zeit bis Februar 2022. Die Staatsanwaltschaft hatte in einem Strafbefehl eine Geldstrafe gefordert, dagegen war von der Mutter Einspruch eingelegt worden.

Mehr zum Thema

[Termin am Bundesgerichtshof](#)

Vollzug in Karlsruhe: Richter schickt Reichsbürger-Verdächtigen in U-Haft

Weil die Frau laut Amtsgericht zu den BRD-Leugnern und Reichsbürgerkreisen zähle sowie Auseinandersetzungen mit dem Vater eines der Kinder laufen, waren zwei Polizisten im Gericht dabei. Es kam jedoch zu keinen Störungen.

Für Kinder muss sofort eine Schule gefunden werden

Nach vier Stunden Verhandlung und einer Verständigung der Beteiligten entschied Amtsgerichts-Direktorin Sonja Gandner: Das Verfahren wird gegen Auflagen vorläufig eingestellt. Die Angeklagte muss 900 Euro zahlen, ihre Töchter und den Sohn binnen zwei Wochen an offiziellen Schulen unterbringen und dies monatlich

nachweisen. Außerdem sind drei Gespräche der Kinder mit dem Jugendamt Pflicht.

Ihre Verteidigerin Beate Bahner wollte wegen dem laufendem Sorgerechtsstreit verhindern, dass der zunächst erlassene Strafbefehl vollstreckt wird und stimmte zu. Obwohl sie höchstens 500 Euro Auflage vorschlug.

Mehr zum Thema

Verdächtige

„Reichsbürger“-Verschwörung: Drei galten als Gefährder

Ihre Mandantin hatte die Schulabsenz im ersten Halbjahr 2021/22 von Anfang an eingeräumt, aber eine fachliche oder soziale Isolation ihrer Kindern verneint. Jörg Brigel als Vertreter der Staatsanwaltschaft schlug 1.000 Euro Auflage beim Gerichts-Kompromiss vor.

Aus seiner Sicht wäre sogar eine Ausweitung der Anklage in Frage gekommen. Denn bei der Verhandlung ging es nur darum, dass die Kinder zwischen September 2021 und Februar 2022 zu Hause blieben.

Mutter gibt an, Kinder würden in Institution betreut, die kurz vor Anerkennung stehe

Doch bis heute gibt es keinen regulären Schulbesuch. Die Mutter hatte erklärt, die Kinder würden aktuell an einer Institution betreut, die kurz vor der staatlichen Anerkennung stünde. Das stellte sich, wie sie beteuerte zur eigenen Überraschung, als falsch dar.

Eine als Zeugin geladene Juristin des Regierungspräsidiums klärte das Gericht auf: Es gebe von dem genannten Verein zwar ein Konzept, aber kein Schulhaus, keine Lehrerliste und schon gar keine bevorstehende Genehmigung für den Unterricht. Aber einen Referenten beim Verein, der wegen esoterischer Konzepte bekannt sei.

Mehr zum Thema

Krisen

Flucht in die Esoterik: Amulett und Psycho-Coach

Für Amtsanwalt Brigel waren mindestens zweieinhalb Jahre ohne Schulbesuch und ohne Leistungsnachweise eine schwere Hypothek für die Zukunft der Kinder und hätten eine Strafforderung wegen grober Verletzung der Fürsorge (§171 BGB) gerechtfertigt.

Laptop für Fernunterricht wurde wegen Strahlungsgefahr nicht benutzt

Der Leiter der Heidelberger Privatschule hatte als Zeuge bestätigt, dass die Kinder „kaum bis nicht“ am Fernunterricht teilgenommen hätten. Obwohl die Familie einen Laptop bekam.

Sie hätte ihn aber erst benutzen wollen, wenn nachgewiesen worden wäre, dass keine Strahlung davon ausgeht. Rechtsanwältin Bahner sagte, ihre Mandantin habe den Kindern seit 2021 keine Bildung vorenthalten wollen.

Sondern Zeit überbrückt, bis eine neue, passende Privatschule zur Verfügung gestanden hätte. Beate Bahner war die Verteidigerin jener Ärztin, die im Januar wegen über 4.000 unrichtigen Masken-Attesten in Weinheim zu einer Haftstrafe verurteilt wurde.

[Philippsburg](#) | [Justiz](#) | [Coronavirus](#) | [Schule](#)

Ähnliche Artikel



Wegen Raub gesucht

Bundespolizei verhaftet Straftäter am Bahnhof in Offenburg

von unserer Redaktion

📖 1 Min.



BNN +

Reichsbürger-Ermittlungen

Kein Asyl für Ex-Oberst in Italien: Terror-Verdächtiger wird in Karlsruhe erwartet

von Daniel Streib

📖 3 Min.



Extremismus

„Reichsbürger“ sorgen für Unruhe in der Uckermark

von dpa



BNN

BADISCHE
NEUESTE
NACHRICHTEN



[Impressum](#) | [Datenschutzerklärung](#) | [AGB](#) | [Cookie-Einstellungen](#) |

[Verträge kündigen](#) | [Preisliste](#)

